CDU und FDP in NRW wollen Dialog mit Muslimen breiter ausrichten

14. Februar 2019



Düsseldorf (KNA) CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen wollen mit einer Koordinierungsstelle „Muslime in NRW“ den interreligiösen Dialog auf „eine neue Grundlage“ stellen und breiter ausrichten. Einen entsprechenden Antrag brachten die Regierungsparteien am Mittwoch in den Landtag ein. Darin kritisieren sie, dass sich der Dialog mit dem organisierten Islam bislang größtenteils „auf türkisch geprägte Verbände“ wie den Moscheeverband Ditib oder den Islamrat konzentriert habe. Nach Spionagevorwürfen gegen Ditib-Imame hatte die Landesregierung ihre Kooperation mit dem Moscheeverband 2016 eingestellt.

„Um den Dialog auf eine neue Grundlage zu stellen, wollen wir in Zukunft eine größere Bandbreite muslimischer Verbände, Organisationen und Initiativen einbeziehen“, heißt es in dem Antrag von CDU und FDP. Diese Aufgabe solle die neu zu schaffende Koordinierungsstelle „Muslime in NRW“ wahrnehmen. Mit der Stärkung des „innermuslimischen Dialogs“ wollen die Regierungsfraktionen vor allem liberalen Muslimen den Rücken stärken, wie es hieß.

CDU und FDP drängen darauf, bei der Neuausrichtung des Dialogs mit Muslimen stärker als bisher „die Herausforderungen der Flüchtlings-Migration“ zu berücksichtigen. Dabei müssten die Vermittlung der freiheitlich-demokratischen Rechts- und Werteordnung sowie die Integration im Vordergrund stehen. Ein interreligiöser Dialog auf einer breiteren organisatorischen Grundlage solle den Einflüssen durch religiösen Extremismus, religionsbezogener Diskriminierung und religionsfeindlicher Gewalt entgegenwirken.

Der Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen sei für die friedliche und konstruktive Gestaltung des Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft unverzichtbar, betonen CDU und FDP. Bei Wahrung der eigenen religiösen Identität solle im Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften „Verständnis und Akzeptanz der jeweils

anderen in ihrer Religion, Kultur und Mentalität gefördert“ werden.

Laut Antrag sind 70 Prozent der Einwohner im bevölkerungsreichsten Bundesland Angehörige der christlichen Kirchen. Muslime bildeten mit 1,3 bis 1,5 Millionen „die größte religiöse Minderheit“. Sie unterschieden sich je nach Herkunftsland und Glaubensrichtung. Auf Landesebene existiere keine gemeinsame Vertretung aller Muslime.

(KNA - tkmln-89-00100)
Foto: Pixabay/cibedo

Stand: 13. November 2026